

Nein zum neuen Weltkrieg! LaRouche-Doktrin kann das Ruder herumreißen

Die Prinzipien des Westfälischen Friedens sind heute dringender denn je!

VON HELGA ZEPP-LAROCHE, SPITZENKANDIDATIN DER BÜSO FÜR DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT

Die Lunte am Pulverfaß eines weltweiten asymmetrischen Nuklearkriegs brennt. Wenn die katastrophale Lage im Irak nicht umgehend unter Kontrolle gebracht wird, droht nicht nur ein neuer „Vietnamkrieg“ in der Wüste, ganz Südwestasien kann zum Kriegsgebiet werden, und der Einsatz von Atomwaffen dort könnte die Eskalation zu einem internationalen, sogar globalen Konflikt bedeuten. Die Regierung Bush, die ihren Krieg auf Lügen gründete, die jetzt Gegenstand von Kongreßuntersuchungen sind, ist jetzt dabei, den Krieg im großen Stil zu verlieren. Weder die Flucht nach vorne mit der Entsendung von insgesamt bis zu 500 000 Soldaten, noch ein fluchtartiger, unverantwortlicher Abzug, der das Land ohne souveräne Regierung im Chaos ließe, stellen einen Ausweg dar.

Der einzige realistische Vorschlag, wie man die amerikanischen und anderen Truppen schnell und sicher aus dem Irak abziehen und damit eine Eskalation verhindern kann, ist die „LaRouche-Doktrin“, die gegenwärtig auf höchster Ebene weltweit diskutiert wird. Die Grundidee besteht darin, in ganz Südwestasien — der von den Staaten Türkei, Syrien, Iran und Ägypten begrenzte Teil der Welt — eine Zone der Stabilität zu schaffen, in der es keine Einmischung von außen geben darf. Teil des Pakets muß ein von den USA ausgehandeltes Friedensabkommen für eine Zweistaatenlösung zwischen Israel und Palästina sein. Eine solche Zone der Stabilität hat nur eine Chance, wenn anders als beim Osloer Vertrag die ganze Region in ein umfassendes wirtschaftliches Entwicklungsprogramm einbezogen wird, mit dem vor allem die Wasser- und Energieversorgung massiv ausgebaut wird.

Nötig ist eine Kehrtwende in den USA

Lyndon LaRouche — neben Kerry der einzig verbleibende ernsthafte Präsidentschaftskandidat in der Demokratischen Partei — verlangt nichts geringeres als eine Kehrtwende der amerikanischen Politik: Man müsse erkennen, daß die Stabilisierung Südwestasiens die entscheidende Flanke ist, um einen Wirtschaftsaufschwung durch die Entwicklung des eurasischen Kontinents zu erreichen. Es entspreche den wahren Interessen Amerikas, schreibt LaRouche, daß sich dieser Teil der Welt „so entwickelt, daß sich die Lebensbedingungen und die Beziehungen zwischen den Völkern des Kontinents verbessern und ein System der Zusammenarbeit für den Fortschritt entsteht, in dem die USA selbst als nützlicher und aktiver Partner anerkannt sein sollten“. LaRouche sagt sehr deutlich, daß ein solcher Friedensvorschlag nur Chancen hat, von den Völkern der Region angenommen zu werden, wenn die US-Regierung ausdrücklich sagt, daß sie die „LaRouche-Doktrin“ annimmt, weil er der einzige amerikanische Politiker ist, der in der arabischen Welt und den damit verbundenen Teilen der Welt Vertrauen genießt.

Dieser Vorschlag stößt auch bei institutionellen Kräften in den USA auf positive Resonanz, die entweder den Irakkrieg von Anfang an abgelehnt haben oder jetzt erkennen, daß eine Fortsetzung dieser durch und durch inkompetenten und imperialen Mi-



Helga Zepp-LaRouche

litärpolitik bald zum Untergang der USA selber führen kann — vergleichbar dem Peloponnesischen Krieg des klassischen Griechenlands oder dem Beginn des Untergangs der imperialen Macht Napoleons mit dem Aufstand in Spanien.

Vor allem Vertreter des traditionellen Militärs, wie z.B. General Zinni, Kongreßabgeordnete, Senatoren u.a. fürchten die strategischen Folgen, sollten die utopischen Kriegsziele weiterverfolgt werden und die USA im Irak eine katastrophalen Niederlage erleiden. Ein Beispiel für den Widerstand gegen den Krieg war die Veröffentlichung von Bildern mit amerikanischen Flaggen bedeckter Särge toter US-Soldaten, die Kreise aus den Streitkräften gegen die erklärte Politik des Pentagons an die Medien gaben. Nach dem Willen der Regierung Cheney-Bush sollten solche Bilder keinesfalls im Wahljahr an die Öffentlichkeit gelangen.

Die Umsetzung der LaRouche-Doktrin für Südwestasien erfordert eine hundertprozentige Kehrtwende der amerikanischen Regierung. „Das wird nie und nimmer geschehen!“, hört man förmlich den Aufschrei der Leser dieses Extras. Es gibt aber täglich zwingendere Gründe für diese grundlegende Änderung. Erstens wird das Scheitern des Irakkriegs täglich deutlicher. Zweitens wächst der nationale Widerstand im Irak gegen die als unrechtmäßig empfundene Besatzungsmacht. Und bei einem möglichen militärischen Vorgehen der US-Truppen gegen die heiligen islamischen Stätten in Nadschaf und Kerbala droht ein landesweiter Guerillakrieg. Wenn die USA, wie angekündigt, die Macht am 30. Juni an eine irakische Regierung übergeben wollen, dann muß



Die Landbrücke von oben betrachtet — in diesem Fall von einem Punkt über dem Nordpol.

sich die amerikanische Politik in den Wochen vorher sichtbar geändert haben, sonst droht Chaos. Eine wie auch immer geartete Marionettenregierung unter Beibehaltung der amerikanischen Stützpunkte wird die Bevölkerung nicht akzeptieren.

Hinzu kommt, daß das politische Klima für die Neokonservativen in Washington erheblich rauher geworden ist. Es erschienen inzwischen nicht nur Dutzende von Büchern und Artikeln über die Lügen, mit denen der Krieg begründet wurde, auch besonders die Aussage des Anti-Terror-Beraters von vier Präsidenten, Richard Clarke, hat dem Ansehen vor allem Dick Cheneys erheblich geschadet. Und die Untersuchungen der Kongreßkommission zum 11. September beschäftigen sich mit der für Cheney und Bush immer unangenehmeren Frage, warum sie 2001 die Geheimdienstberichte über terroristische Aktivitäten in den USA im Frühjahr und Sommer ignoriert haben und ob die beteiligten Islamisten vielleicht von jemand ganz anderem kontrolliert wurden als ursprünglich angenommen.

Es besteht die Gefahr, daß die

„Neocons“ eine Flucht nach vorn antreten, je unangenehmer die Lage für sie wird, und z.B. ihr Eingreifen in Falludscha entsprechend ihrer militärischen Doktrin noch weiter eskalieren. In dem Fall würde nicht nur der ganze Irak in Flammen aufgehen.

Merkel & Co. völlig diskreditiert

Eines ist jedenfalls gewiß: Die Bestätigung, daß der Krieg auf Lügen aufgebaut war, und seine inkompetente Ausführung im Rahmen der utopischen Militärdoktrin der Neocons geben im nachhinein allen recht, die diesen Krieg abgelehnt haben. Selbst die Springer-Presse schrieb vor kurzem, die CDU müsse sich bei Schröder entschuldigen. Und Frau Merkels mangelndes Urteilsvermögen und ihre Bereitwilligkeit, sich der imperialen Politik zu unterwerfen, sollte dem Wähler für alle Zukunft eine abschreckende Warnung davor sein, dieser Person die Verantwortung für unser aller Geschick zu übertragen.

Man muß auch daran erinnern, daß die BüSo mit ihrer Kampagne gegen den drohenden Irakkrieg im Bun-

destagswahlkampf 2002 maßgeblich zu Schröders Wende gegen den Krieg beigetragen hat. Seit Anfang Februar 2002, unmittelbar nach Präsident George W. Bushs Rede zur Lage der Nation, worin er von der „Achse des Bösen“ — bestehend aus dem Irak, Iran und Nordkorea — sprach, warnten wir in unzähligen Artikeln in der *Neuen Solidarität* und zahlreichen Flugblättern im Bundestagswahlkampf vor den Kriegsplänen der Neocons gegen den Irak. Von Februar bis August 2002 betrieb allein die BüSo eine systematische Kampagne gegen diese Kriegsgefahr und beeinflusste damit erheblich die Stimmung in der Bevölkerung.

Erst relativ spät, Anfang August, kam dann Bundeskanzler Schröders spektakuläre Wende gegen den Irakkrieg. Bekanntlich warfen seine Kritiker ihm vor, er habe diese Wende nur aus wahltaktischen Gründen vollzogen. Aber diese Kritiker, wie die übereifrige Frau Merkel, stehen jetzt völlig diskreditiert da. Es ist auch unbestreitbar, daß ohne die Positionierung Schröders gegen den Irakkrieg die französische Regierung unter Präsi-

weiter auf Seite 11

Am 13. Juni BüSo wählen!

Liebe Mitbürger!

Auf der BüSo-Liste für die Wahl des Europäischen Parlaments bewerben sich 86 Kandidaten — die Hälfte von ihnen sind jünger als 30 Jahre und Mitglieder der LaRouche-Jugendbewegung, die übrigens auch in Frankreich und Schweden an der Europawahl teilnimmt. Wir zählen auf Ihre Unterstützung.

Folgendes können Sie tun:

- Am 13. Juni BüSo wählen — aber das reicht nicht.
- Mitmachen! Je mehr Helfer wir haben, desto mehr dieser Extrablätter können wir verteilen. Melden Sie sich beim nächsten BüSo-Büro!
- Bringen Sie die *Neue Solidarität* in Umlauf! Zum Preis von 2 Abos schicken wir Ihnen wöchentlich 5 Exemplare (Stichwort: „5 für 2“).
- Wer aus Ihrem Bekanntenkreis sollte die *Neue Solidarität* vier Wochen kostenlos bekommen?
- Helfen Sie, den Wahlkampf und die Aktionen der LaRouche-Jugendbewegung zu finanzieren!
- Fragen Sie in Ihrem BüSo-Büro nach den nächsten Veranstaltungen und bringen Sie viele Leute mit!



Rufen Sie uns an:
Bundesgeschäftsstelle:
06131/23 73 84

NRW: 0211-733 78 62
Bayern: 089-725 40 11
Hamburg: 0171-8384092
Baden-Württemberg:
0711-6773726

Niedersachsen: 0511-8683 27
Sachsen: 0351-4278140
Berlin: 030-8023405

E-Mail: info@bueso.de
www.bueso.de

oder schreiben Sie an
BüSo, Postfach 221128, 55050 Mainz

LaRouche-Doktrin kann das Ruder herumreißen

Die Prinzipien des Westfälischen Friedens sind heute dringender denn je!

von Seite I
dent Chirac nicht so eindeutig Stellung bezogen hätte.

LaRouche gegen Cheney

Gleichzeitig mobilisierte Lyndon LaRouche in den USA und international gegen den Krieg, verlangte die Amtsenthebung Vizepräsident Cheneys als eigentlichem Drahtzieher der Kriegspolitik und versuchte vor allem den Widerstand der traditionellen amerikanischen Militärs und der Institutionen der Präsidentschaft gegen die utopische Militärpolitik der Neocons zu mobilisieren. Als die US-Regierung im September 2002 die Doktrin des präventiven Nuklearkriegs verkündete, wiederholte LaRouche seine Forderung nach Cheneys Absetzung. Kein anderer Politiker in Amerika oder Europa hatte den Mut, diesen Völkerrechtsbruch öffentlich zu verurteilen.

Wenn es heute in den USA selbst eine wachsende Opposition gegen die Politik der Neocons gibt und in Kongreß, Militär, Geheimdienst, Diplomatie und sogar in der Republikanischen Partei der Widerstand gegen die imperiale Kriegspolitik der Regierung Cheney-Bush wächst, dann ist dies vor allem der Tatsache zu verdanken, daß Lyndon LaRouche mehr als jeder andere dazu beitrug, die Untersuchungen der Lügen hinter dem Krieg in Gang zu setzen. Und da es dem anderen demokratischen Präsidentschaftsbewerber John Kerry bisher offensichtlich nicht gelungen ist, sich der Kontrolle des Finanzestablishments zu entziehen, wird der Ruf nach LaRouche als einzigem Kandidaten, der das Interesse der ärmeren 80 Prozent der Amerikaner vertritt, immer lauter. Bis zum Nominierungsparteitag der Demokratischen Partei Ende Juli in Boston wird es noch viele Erschütterungen in strategischer Hinsicht und im Weltfinanzsystem geben. Und was die US-Wahl im November betrifft, ist noch gar nichts entschieden.

Das Völkerrecht verteidigen

Ich habe mit meiner Einschätzung recht behalten, die ich einen Tag nach dem Beginn des Irakkriegs auf einer Konferenz des Schiller-Instituts so formulierte: Eine so ungeheure Verletzung des Völkerrechts wie dieser Angriffskrieg werde, wie Schiller dies in seinem Gedicht *Die Kraniche des Ibykus* beschreibt, die Nemesis (die Göttin der Vergeltung) herausfordern und daß die Erynnien die Schuldigen jagen würden. Einige dieser „Erynnien“ tragen heute Namen wie Richard Clarke, Joe Wilson, Thomas Kean, Robert Kerry, Senator Biden, Chas Freeman, Hans Blix und Jamie Gorelick, um nur einige derjenigen zu nennen, die sich in verschiedenen Funktionen mit der Untersuchung der Lügen zur Begründung des Irakkriegs und der Fehler und Unterlassungen der Regierung Bush im Vorfeld des 11. September beschäftigten.

Das Völkerrecht muß gegen diese

unglaublichen Verletzungen leidenschaftlich verteidigt werden. Neo-konservative Politiker betreiben derzeit eine Propagandakampagne mit der Behauptung, die Grundsätze des Westfälischen Friedens seien überholt. Dazu gehört z.B. Henry Kissinger, der sich immer schon in der Mentalität der Restauration nach dem Wiener Kongreß, den reaktionären Vorstellungen Castlereighs und Metternichs wohler gefühlt hat und der die perfide Meinung vertritt, die Prinzipien des Westfälischen Friedens könne man insbesondere in Südwestasien (für ihn natürlich „der Nahe Osten“) nicht anwenden. Aber auch George Shultz, Tony Blair und Otto Graf Lambsdorff sind jüngst mit Veröffentlichungen hervorgetreten, worin sie diese Prinzipien, aus denen sich bekanntlich das Völkerrecht bis hin zur UN-Charta entwickelt hat, für „überholt“ erklären.

Am brutalsten formuliert es der amerikanische Neoon Robert Kagan: Er leugnet keineswegs, daß die USA das Angriffsverbot der UN-Charta verletzt haben, sondern behauptet, das Völkerrecht sei für die Schwachen da, nicht aber für die „einzige Supermacht“, die keinen Anlaß habe, sich daran zu halten. Kagan sieht verächtlich auf die UNO herab, die keine eigene Exekutive und keine Armee habe, um ihre Beschlüsse durchzusetzen. Aber Kagan verschweigt, welche Folge es hat, wenn das Recht der Macht weichen muß: Wenn das Angriffsverbot generell aufgehoben ist, wird die Welt in den rechtlosen Zustand der Barbarei zurückgeworfen, wo jeder jeden angreifen kann, wenn es ihm in den Kram paßt, und dann ist auf der Welt bald buchstäblich der Teufel los. In einer Welt, in der eine ganze Reihe von Nationen über Atomwaffen verfügen und die „einzige Supermacht“ für sich das Recht in Anspruch nimmt, gegebenenfalls „Miniatombomben“ gegen „Schurkenstaaten“ einzusetzen, ist die Eskalation zum weltweiten asymmetrischen Atomkrieg vorprogrammiert.

„Der Vorteil des anderen“

Ich behaupte dagegen, daß der Weltfrieden nur erhalten werden kann, wenn man die Prinzipien des Westfälischen Friedens aufrecht erhält und umsetzt — gerade und vor allem in der so aus dem Ruder gelaufenen Lage in Südwestasien. Dieses bahnbrechende Vertragswerk beendete 1648 rund 150 Jahre Religionskrieg in Europa, bei dem in der letzten Phase, dem Dreißigjährigen Krieg, ganze Landstriche verwüstet wurden und mehr als die Hälfte ihrer Bevölkerung

verloren. Alle Beteiligten erkannten, daß bei einer Fortsetzung des Krieges bald niemand mehr übrig wäre.

Die vier Jahre langen Verhandlungen in Münster und Osnabrück konnten nur Erfolg haben, weil alle anerkannten, daß jeder den gleichen rechtlichen Status hatte, gleich ob es sich um Protestanten, Katholiken, um Monarchien oder andere Regierungsformen handelte. Der Friedensvertrag definierte die Prinzipien von Souveränität und Rechtsgleichheit in mehreren Verträgen und Nebenverträgen, die u.a. gegenseitige Verteidigungs- und Unterstützungsabkommen enthielten.

Der erste und wichtigste Artikel des Vertrages lautet:

„Ein christlicher allgemeiner und dauernder Friede und wahre und ehrliche Freundschaft, muß zwischen der Heiligen Kaiserlichen Hoheit und der Heiligen allchristlichen Majestät herrschen, als auch zwischen allen und jeden Verbündeten und Nachfolgern der erwähnten Heiligen Kaiserlichen Majestät, dem Hause Öster-

reich Prinzip geht es dabei um die gleiche selbstlose Liebe, wie sie Mitglieder einer Familie zueinander empfinden — wie die Eltern, die möchten, daß es ihren Kindern einmal besser geht als ihnen selbst.

Wenn wir heute, in dieser schon sehr weit fortgeschrittenen strategischen Lage, das Ruder herumreißen wollen, brauchen wir außergewöhnliche Führungspersönlichkeiten, die von einer leidenschaftlichen Liebe zu dieser Idee der Völkergemeinschaft und des Völkerrechts erfüllt sind. Aus dieser existentiellen Krise der Menschheit werden wir nicht durch kleinliche Bürokratenmentalität herauskommen und auch nicht durch pragmatisches Kostennutzen-Denken. Man braucht dazu eine leidenschaftliche Liebe zur Menschheit.

Der zweite Artikel des Vertrages besagt:

„Auf beiden Seiten soll alles für immer vergessen und vergeben sein. Was seit Anbeginn der Unruhen, gleichgültig wie und wo, von der einen oder anderen Seite geschehen ist

nicht angesichts der drohenden Gefahr einer existenzbedrohenden Tragödie eine Lösung der Vernunft wählen? Der erste Schritt besteht darin, Politiker in die Verantwortung zu wählen, die sich mit diesen Themen überhaupt befassen!

Was die anderen Parteien nicht können

Die BüSo ist die einzige Partei, die diese entscheidenden Themen beeinflussen kann:

1. eine Veränderung der Politik der USA von innen, wie dies durch Lyndon LaRouches Präsidentschaftskampagne geschieht;
2. eine praktikable Lösung für die Krise in Südwestasien, wie dies durch die LaRouche-Doktrin möglich ist;
3. die Verteidigung des Völkerrechts auf der Grundlage des Westfälischen Friedens — ein Thema, zu dem von anderen Parteien kein Sterbenswörtchen zu hören ist; und
4. eine Überwindung der Krise des Weltfinanzsystems durch ein Neues Bretton Woods und den Ausbau der Eurasischen Landbrücke als Kernstück eines weltweiten Aufbauprogramms.

Die Welt steht heute vor einer beispiellosen Entscheidung: Wird die gegenwärtige Politik wie bisher fortgesetzt, kommt es zu einem riesigen Finanzkrach, der Gefahr faschistischer Regierungen, der Eskalation zu einem asymmetrischen Nuklearkrieg und dem Absturz in ein finsternes Zeitalter. Wenn sich dagegen Lyndon LaRouche in den USA durchsetzen kann, rückt weltweit eine Wirtschaftsreform in der Tradition Franklin Roosevelts und des New Deals in greifbare Nähe. Dafür braucht LaRouche Partner in Eurasien.

Die BüSo muß im Europaparlament vertreten sein, weil wir uns leidenschaftlich der Idee des Völkerrechts verpflichtet fühlen und für eine Völkergemeinschaft als Gemeinschaft souveräner Nationen, die durch gemeinsame Prinzipien verbunden sind, eintreten. Wir lieben die Menschheit, weil der Mensch von Natur aus gut ist und nur der Entwicklung bedarf, um sein Potential verwirklichen zu können. Und wir besitzen den Kulturoptimismus, daß die Völker zum Dialog der Kulturen fähig sind und daß wir schließlich den Krieg als Mittel der Auseinandersetzung wie eine Kinderkrankheit der Menschheit hinter uns lassen.

Deshalb: Wählen Sie die BüSo ins Europaparlament! Schließen Sie sich unserer Bewegung an!



reichs ... und seinen Nachfolgern ... Und dieser Friede muß so ehrlich und ernsthaft verteidigt und gepflegt werden, daß jeder Teil den Vorteil des anderen, seine Ehre und seinen Vorzug voranbringt ... Eine treue Nachbarschaft muß erneuert werden für den Frieden und die Freundschaft, die wieder blühen müssen.“

Dieses Prinzip, daß der Frieden nur möglich ist, wenn „der Vorteil des anderen“ als ureigenstes Selbstinteresse gefördert wird, war ein Durchbruch in der Entwicklung des Völkerrechts. Diese kostbare Idee geht auf das Werk des Nikolaus von Kues zurück, der bereits im 15. Jh. davon überzeugt war, daß Konkordanz, also Frieden im Makrokosmos, nur möglich sei, wenn sich alle Mikrokosmen auf die bestmögliche Weise entwickeln und es als ihr Interesse ansehen, auf die bestmögliche Weise für die Entwicklung des anderen Mikrokosmos zu sorgen. Zwischen Nationen kann nur Frieden herrschen, wenn sich alle Nationen vollständig entwickeln und es als höchstes Eigeninteresse ansehen, auch die anderen zu entwickeln. Im

in Bezug auf Feindseligkeiten, so daß weder deshalb noch wegen eines anderen Grundes oder Vorwand, begangen werden oder erlaubt werden zu geschehen, irgendeine Feindseligkeit, Unfreundlichkeit, Schwierigkeit oder Hindernis in Bezug auf Personen, den Status, die Güter oder die Sicherheit selber, oder durch andere, heimlich oder offen, direkt oder indirekt, unter dem Vorwand der Autorität des Gesetzes, oder mittels Gewalt, innerhalb des Königreiches oder irgendwo außerhalb, und alle früheren gegensätzlichen Verträge dürfen nicht dagegen stehen.

Statt dessen, alle und jede, von hier als auch von dort, sowohl vor als während des Krieges, begangene Beleidigungen, gewaltsame Taten, Feindseligkeiten, Schäden und Kosten, ohne Ansehen der Person oder der Sache, muß vollständig beiseite getan werden, so daß alles, was immer der eine könnte vom anderen in seinem Namen verlangen, in Ewigkeit vergessen sein wird.“

Wie man an den differenzierten Formulierungen sehen kann, waren die Verhandlungspartner bemüht, alle „Hintertürchen“ zu schließen, damit nicht doch die eine oder andere Seite einen Vorwand finden könnte, den Frieden zu hintertreiben. Und man darf sicher sein, daß die Greuel des Dreißigjährigen Krieges nicht weniger furchtbar waren und nicht weniger Haß auf allen Seiten erzeugten als die Greuel, welche heute die Region Südwestasiens marten. Und da heute ein weltweiter asymmetrischer Krieg noch sehr viel mehr Zerstörung anrichten würde, warum soll die Menschheit

Wahlspots der BüSo zur Europawahl am 13. Juni:

FERNSEHEN:	
ZDF	21. Mai, ca. 23.00 Uhr und 2. Juni, ca. 18.55 Uhr
ARD	26. Mai, ca. 17.41 Uhr und 8. Juni, ca. 22.28 Uhr

RUNDFUNK:	
WDR 4	24. Mai, ca. 13.05 Uhr
WDR 2	9. Juni, ca. 15.05 Uhr
Deutschlandfunk	27. Mai, ca. 11.57 Uhr
DeutschlandRadio	
Berlin	1. Juni, ca. 17.57 Uhr
MDR	24. Mai, ca. 9.27 Uhr und 27. Mai, ca. 17.27 Uhr
Radio Bremen	27. Mai, ca. 10.55 Uhr und 10. Juni, ca. 10.55 Uhr
SWR 1	24. Mai, ca. 17.55 Uhr
SWR 4	8. Juni, ca. 7.55 Uhr
HR 1	11. Mai, ca. 18.56 Uhr und 24. Mai, ca. 13.58 Uhr sowie 3. Juni, ca. 8.56 Uhr

Die Neocons
Wer treibt die USA in die imperiale Falle?

ISBN 3-925 725-48-2 · Euro 12,80

Wiederaufbau einer kaputten Welt

Konferenz des Schiller-Instituts 21. bis 23. März 2003
ISBN 3-925 725-47-4 · Euro 12,80

Was Sie schon immer über Wirtschaft wissen wollten!

Lehrbuch für elementare mathematische Ökonomie von Lyndon LaRouche

erschienen 1985 im Böttiger-Verlag
I CD - Rom · Euro 10,-

Bestellungen an: Dr. Böttiger Verlags-GmbH · Postfach 1611 · 65006 Wiesbaden · Tel. 0611/778610
Fax 0611/7786118 · E-mail: bestell@solidaritaet.com · www.solidaritaet.com

Der BüSo-Bundesvorstand antwortet auf häufig gestellte Fragen zur Wirtschaftspolitik der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, und was es bedeutet: „Sechs Milliarden Menschen eine Zukunft bauen!“

Der Bankrott der nachindustriellen Gesellschaft

Wie unterscheidet sich die BüSo wirtschaftspolitisch von den anderen Parteien?
Wir trauen uns, das zu sagen, was die Politiker aller anderen Parteien verschweigen, obwohl sie es alle wissen: Wir stehen vor einem Totalkollaps des Weltfinanzsystems!

Was soll die Schwarzmalerei?
Jede erfolgreiche Therapie beginnt mit einer klaren Diagnose. Das bankrotte Weltfinanzsystem muß schleunigst im Interesse der Allgemeinheit durch ein neues System ersetzt werden, bevor es noch mehr Schaden anrichten kann. Wenn wir heute die Basis für dieses neue System legten, könnten wir den unkontrollierten Zusammenbruch noch verhindern.

Worin besteht die Krankheit des Systems, und was schlagen Sie als Therapie vor?

Die Krankheit hat verschiedene Namen: Man nennt sie „nachindustrielle Gesellschaft“ oder „Kasinowirtschaft“. Seit fast 20 Jahren wird die Grundsubstanz der produktiven Volkswirtschaften fast aller Nationen der Welt zerstört, um Kapital in die Aufblähung und Erhaltung der diversen spekulativen Finanzblasen zu lenken. Die Realwirtschaft wird zunehmend kannibalisiert, um eine Pyramide aus unbezahlbaren Schulden und spekulativen Finanztiteln am Leben zu halten.

Der rabiate Beschäftigungsabbau, die Verlegung der Produktion in Billiglohnländer, der wachsende Druck auf Löhne, Gehälter und Sozialleistungen im Inland, die immer drastischeren Kürzungen der öffentlichen Haushalte, die systematische Begünstigung des wirtschaftlichen Raubbaus durch Deregulierungs- und Privatisierungsmaßnahmen sind nur einige Symptome.

Die Masse an „Papierwerten“ auf den Finanzmärkten — Aktien, Anleihen, Derivatgeschäfte (Finanzwetten) — wächst wie eine gigantische Krebserkrankung auf dem Rücken der physischen Wirtschaft, während die produktive Basis schrumpft. Das Mißverhältnis zwischen weltweiten Zahlungsverpflichtungen aus Finanzwetten in Höhe von 400 Bln.\$ gegenüber einem Weltozialprodukt von nur 40 Bln.\$ verdeutlicht den faktischen Bankrott des Systems. Das System bewegt sich, wie in LaRouches „Kollapsfunktion“ dargestellt, rasant auf die Schallmauer zu — und der große Knall kann jeden Tag passieren!

Es gibt einen Ausweg: Ein Gruppe maßgeblicher Regierungen erklärt das Weltfinanzsystem offiziell für bankrott und beschließt, es in einer Art Insolvenzverfahren unter Kontrolle der Regierungen zu reorganisieren. Dabei wird ein großer Teil der nationalen und internationalen Schulden gestrichen bzw. eingefroren. Ein großer Teil der spekulativen Finanzwerte wird abgeschrieben, bankrotte Finanzinstitutionen werden unter staatlicher Aufsicht reorganisiert, mit dem Ziel, lebenswichtige Zahlungen wie Renten, Löhne und die Kredite für Handel und Produktion aufrechtzuerhalten.

In Analogie zum Weltwährungssystem von Bretton Woods, das von 1946-1971 den Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Volkswirtschaften Amerikas und Europas ermöglicht hatte, brauchen wir ein „Bretton Woods II“ Abkommen, das stabile Wechselkurse etabliert, um so langfristige Investitionen in grundlegende Infrastrukturprojekte auf internationaler Ebene wieder kalkulierbar zu machen und gleichzeitig die Spekulation zu unterbinden.

Gleichzeitig wird die Volkswirtschaft durch staatliche Kredite für Investitionen vor allem in den Bereich der grundlegenden Infrastruktur sowie in Bildung, Erziehung und wis-

senschaftliche Forschung angekurbelt, und es werden produktive Arbeitsplätze geschaffen.

Staatliche Kreditschöpfung? Der Staat hat doch kein Geld...
Geld war nie das Problem. Wenn die politische Entscheidung getroffen war, in den Bau von Staudämmen oder Eisenbahnen zu investieren, dann wurde auch das Geld dafür bereitgestellt. Das Negativbeispiel sind Kriege — da wird nie gefragt, ob das jemand bezahlen kann oder will. Heute müssen wir, um neue Kriege zu verhindern, in den produktiven Wiederaufbau der Wirtschaft investieren.

Das bedeutet doch nichts anderes als „Gelddrucken“ und Inflation!

Es geht nicht um „Gelddrucken“, um damit etwa Haushaltslöcher zu stopfen, sondern um eine kontrollierte Ausweitung langfristiger Kreditlinien zu Finanzierung ganz bestimmter produktiver Projekte.

Ob dies durch Schatzanleihen oder staatliche Banken, durch rediskontierbare Wechsel oder direkte Staats-

weil die zusätzlichen Kreditsummen ausschließlich in das Wachstum der Finanzblasen geflossen sind. Droht eine dieser Blasen zu platzen, wird im verzweifelten Rettungsversuch, den Crash durch noch mehr „Liquiditätspumpen“ zu verhindern, die Schallmauer zu einer allgemeinen Hyperinflation durchbrochen werden. Soviel zur Rolle der unabhängigen Zentralbanken, die angeblich über die Stabilität der Währungen wachen sollen!

Die Kontrolle des privaten Kreditmonopols über die öffentlichen Finanzen, wie es sich im System der „unabhängigen“ Zentralbanken manifestiert, muß beendet werden. Die Zentralbanken waren und sind nicht unabhängig, sondern haben sich immer schon als „Clearingstelle“ der privaten Banken betätigt. Deswegen müssen die entsprechenden Artikel des Maastricht-Vertrages, ebenso wie die destruktiven Defizitkriterien, aufgehoben werden, damit Europa aus der Sackgasse der wirtschaftlichen Schrumpfung herauskommt.

Es geht nicht um eine zusätzliche „Belastung“ der öffentlichen Haushalte, sondern um den Aufbau neuer

Expansionskurs gebracht wird. Die Frage ist nur, zu welchen Bedingungen — entweder zugunsten privater Finanzinteressen (wie bei Hjalmar Schachts Kriegswirtschaft) oder im Sinne des Allgemeinwohls, das nur durch souveräne Regierungen vertreten werden kann!

Soll das Gemeinwohl durchgesetzt werden, wofür die BüSo steht, kann man in Deutschland auf die bewährte Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und in Frankreich den „Fonds für wirtschaftliche Entwicklung“, die den Wiederaufbau nach dem Krieg finanziert haben. In den USA war es die RFC, die Roosevelts „New Deal“ finanziert hat.

Wir können doch die heutige Lage nicht mit der nach dem Krieg vergleichen. Damals war alles kaputtgebombt, man mußte es wieder aufbauen, und dafür brauchte man Arbeitskräfte. Aber heute haben wir doch alles.

Die Ideologie der nachindustriellen Gesellschaft und das Diktat des „Shareholder Value“, bei dem nur das schnelle Geld zählt, haben in den letzten 30 Jahren zu einer beispiellosen Entindustrialisierung Europas, Rußlands und der USA geführt. Gleichzeitig ist immer weniger in die Erhaltung- und Erweiterung der Infrastruktur investiert worden, die zum großen Teil überaltert und marode ist. Es gibt also sehr viel wieder aufzubauen.

Aber was hier an Industrie abgebaut wurde, das ist doch in Asien oder Osteuropa neu entstanden, weil dort die Löhne niedriger sind. Wenn hier wieder Arbeitsplätze entstehen sollen, müssen zuerst die Löhne sinken!

Niedrige Löhne sind höchstens ein ganz kurzfristiger Wettbewerbsvorteil. Langfristig führt das zur Unterqualifizierung der Arbeitskräfte, die jede Erweiterung und Erneuerung der technologischen Basis an unüberwindliche Hürden stoßen läßt. Jeder produktive Unternehmer weiß das. Aber das Argument der billigen Arbeitskraft im Ausland dient als Drohung, um hierzulande an der Lohnschraube zu drehen.

Heute Vollbeschäftigung zu fordern, ist doch eine Illusion.

Selbst nach konservativen Schätzungen werden allein in Europa in den nächsten 20 Jahren Investitionen in die technische Infrastruktur in Höhe von mindestens 2 Bln. Euro fällig, wenn wir unseren Standard nicht noch weiter abbauen wollen. Eine

echte, dauerhafte wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung erfordert allerdings weit höhere Investitionen in die technische Infrastruktur.

Nach einer alten Faustregel entstehen durch Infrastrukturinvestitionen von 1 Mrd. Euro rund 25 000 Arbeitsplätze. Die BüSo fordert jährlich für die gesamte Europäische Union Infrastrukturinvestitionen von 1000 Mrd. Euro. Das ist nötig, wenn wir die Arbeitslosigkeit beseitigen und wenn wir unser Programm der Eurasischen Landbrücke verwirklichen wollen.

Was ist die „Eurasische Landbrücke“?

Es ist ein langfristiger Plan zur Entwicklung der Landmasse Eurasiens (Europa und Asien) durch den Aufbau eines interkontinentalen Netzes von Infrastrukturkorridoren: moderne Transport-, Energie- und Kommunikationssystem, die Europa mit den bevölkerungsreichen Ländern Ost-, Südost- und Südasien verbinden.

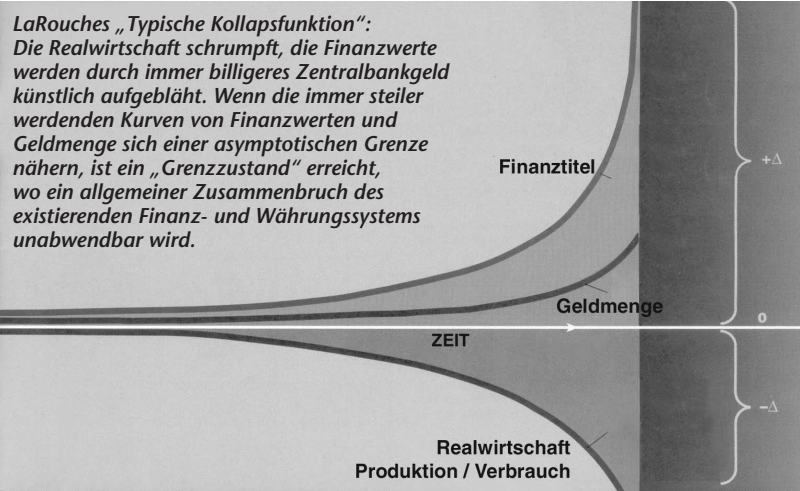
Deutschland und Europa müssen sich an den Herausforderungen orientieren, welche die Versorgung einer wachsenden Weltbevölkerung von jetzt über 6 Mrd. Menschen — davon 4,5 Mrd. in Eurasien — an Wissenschaft und Technik stellen. Die Entwicklung Chinas und Indiens, die mit einer enormen Steigerung der Nachfrage nach Gütern aller Art verbunden ist, erfordert eine erhebliche Beschleunigung der Rate an technologischen Innovationen, die ohne den maßgeblichen Beitrag Europas nicht zu erreichen ist. Um den Austausch von Technologien und wissenschaftlichen Entdeckungen in Eurasien zu intensivieren, brauchen wir die Infrastruktur der Eurasischen Landbrücke. Die Industriegesellschaft muß weiterentwickelt werden, so daß naturwissenschaftliche Entdeckungen selbst zur zentralen Triebkraft der Wirtschaft werden, indem sie wiederum die Nachfrage nach Gütern und Arbeitskräften steigern.

Aber gerade der technische Fortschritt vernichtet doch Arbeitsplätze?

Im Gegenteil! Die Ursache der heutigen Massenarbeitslosigkeit ist nicht der technische Fortschritt, sondern das bankrotte Finanzsystem. Entgegen einem weitverbreiteten Irrglauben geht die hohe Arbeitslosigkeit Hand in Hand mit einer *Stagnation* des naturwissenschaftlichen Fortschritts. Die vielgepriesene „Informationstechnologie“ beruht auf quantenphysikalischen Prinzipien, die bereits in der ersten Hälfte des 20. Jh. entdeckt wurden. Danach kamen viele technische Raffinessen, aber keine grundsätzlich neuen Entdeckungen. Für wirklich neue Entdeckungen ist es aber charakteristisch, daß sie ganze Familien neuer Technologien und neuer Industriezweige ins Leben rufen, in denen natürlich auch neue Arbeitsplätze entstehen.

Neben der Eurasischen Landbrücke braucht man gezielte Hochtechnologieprojekte, die unsere Forschung und Entwicklung auf Hochtouren bringen — z.B. ein langfristiges Programm zur bemannten Raumfahrt. Heute schon lassen sich die Hauptzüge eines solchen Programms definieren: es geht um die Schaffung bemannter Stationen auf dem Mond und Mars. Darüber hinaus stehen wir vor Revolutionen in der Nanotechnologie, der Biophysik, der Entwicklung moderner, sicherer Kernkrafttechnik usw.

Wenn wir die produktiven Kapazitäten so erweitern, wie es zur menschenwürdigen Versorgung der Weltbevölkerung nötig ist, dann brauchen wir eine steigende Rate technologischer Innovationen — und werden gerade dadurch Vollbeschäftigung erreichen.



skredite geschieht, ist nur eine *technische* Frage. Die entscheidende *politische* Frage ist, wer die Kontrolle über die Ausweitung und Verwendung der Kreditlinien ausübt.

Produktive Kreditschöpfung wirkt niemals inflationär, im Gegenteil. Inflationsgefahr droht vielmehr von der Politik der stets auf ihre Unabhängigkeit pochenden Zentralbanken, durch immer niedrigere Zinsen und eine hemmungslose Kreditexpansion das Platzen der diversen Finanzblasen aufzuschieben. In den USA hat mit über 6 Bln.\$ in den letzten fünf Jahren die exzessivste Kreditinflation der jüngeren Geschichte stattgefunden.

Noch ist diese Inflation nicht auf die Güterpreise durchgeschlagen,

Finanzinstitutionen — nach dem Vorbild der ursprünglichen Nationalbank der USA —, die unabhängig von den Kapitalmärkten staatliche Kreditschöpfung betreiben, die sich am Allgemeinwohl orientiert.

Aber der Staat kann doch nicht mit Geld umgehen!

Wir werden sehr bald erleben, daß angesichts ihres finanziellen Zusammenbruchs gerade solche Banken, die bisher am lautesten den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft gefordert haben, nun nach dem Staat als Retter in der Not rufen werden. Grundsätzlich wird jede finanzielle Zusammenbruchskrise irgendwann damit beantwortet werden, daß die Wirtschaft durch öffentliche Kredite wieder auf

Was tun, wenn die Titanic sinkt?

**Richtlinien für ein „Neues Bretton Woods“
Die minimalen Anforderungen an eine globale Finanz- und Wirtschaftsreform sind folgende:**

Eine Art Bankrottverfahren für die bestehende Struktur an weltweiten Finanztiteln, denn ihr Volumen steht in so krassem Mißverhältnis zur volkswirtschaftlichen Substanz, daß die Alternative zu einem geordneten „Aussortieren“ ohnehin nur ein baldiger, chaotischer Zusammenbruch wäre.
Ein neues finanzielles und währungspolitisches Regelwerk, das sich am relativ erfolgreichen Bretton-Woods-System der Nachkriegszeit bis 1960 orientiert. Ein produktiver Wiederaufbau der Weltwirtschaft, einschließlich der Errichtung oder Ausweitung der dazu erforderlichen Kreditinstitutionen.
Das „Neue Bretton Woods“ läßt sich im einzelnen in folgende Schritte untergliedern:
A. „Aussortieren“
► Fiktive Wertpapiere müssen aussortiert werden. Offensichtlich spekulatives, fiktives Kapital muß durch Regierungsbeschluß ersatz- und entschädigungslos abgeschrieben werden, soweit

dies nicht bereits durch den Zusammenbruch am Finanzmarkt geschehen ist.
► Wertpapiere unklarer Natur müssen eingefroren werden.
► Die Bedienung der Staatsschulden wird durch ein Moratorium suspendiert, um die Finanzierung lebenswichtiger Staatsfunktionen zu gewährleisten.
B. „Schützen & Sanieren“
Zu schützen sind:
► Wertpapiere, die durch produktive, realwirtschaftliche Kapazitäten gedeckt sind;
► Finanzmittel von Rentenkassen, Krankenversicherungen und anderen sozial unverzichtbaren öffentlichen und privaten Institutionen;
► Reguläre Sparguthaben, damit sie zugänglich bleiben.
► Die Funktionen privater Banken, die zur Finanzierung und normalen Abwicklung realwirtschaftlicher Tätigkeiten dienen, müssen aufrechterhalten werden.

C. „Anschubfinanzierung“
► Auf der Basis der Finanzsouveränität des Nationalstaates muß eine öffentliche Nationalbank oder „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ langfristige und niedrigverzinsten Kredite schöpfen. Diese Kredite fließen ausschließlich in die Reaktivierung und Produktionsausweitung in Industrie, Mittelstand, Landwirtschaft.
► Staatliche und öffentliche Kredite werden über private Banken abgewickelt. Neben den Nationalbankkredit können projektgebundene Infrastrukturleihen treten.
► Große nationale und transnationale Infrastrukturprojekte fungieren als „Anschub“ für die Gesamtwirtschaft. Dazu eignen sich Verkehrsprojekte im Rahmen der „Transeuropäischen Netze“ und der „Eurasischen Landbrücke“, aber auch andere in den letzten Jahren vernachlässigte Infrastrukturprojekte bis hin zur Raumfahrt.



Zwei junge BüSo-Kandidaten für das Europäische Parlament beleuchten die schreckliche Wirkung der „nachindustriellen Gesellschaft“ auf die junge Generation.

Wo ist unsere Zukunft?

Ein Blick auf die Büste Friedrich Lists im Leipziger Hauptbahnhof ruft uns eine Tradition Deutschlands in Erinnerung, die ein Ende gefunden zu haben scheint: Produktion im Sinne der amerikanischen politischen Ökonomie Alexander Hamiltons. Lassen wir unseren Blick von der Büste durch den Bahnhof schweifen: was erblicken wir dann? Eine Einkaufspassage von der Größe eines kleinen Flughafens. Das ist nicht die produktive, auf die Zukunft orientierte Gesellschaft, für die List und Hamilton einst kämpften! Es ist vielmehr das Paradies der Freihändler und Synarchisten wie Adam Smith, Hjalmar Schacht oder Joseph Goebbels. „Nachindustrielle Dienstleistungs- oder Servicegesellschaft“ nennen Werbestrategen der Bundesregierung heute modebewußt diese Entwicklung.

Was unterscheidet eine industrielle von einer nachindustriellen Nation? Ein kleiner Einblick in Gespräche, die wir als Mitglieder der LaRouche-Jugendbewegung täglich auf Deutschlands Straßen führen, gibt einen ersten Hinweis. Fragt man Menschen unserer Großelterngeneration nach ihrer einst erlernten Tätigkeit, findet man in großer Zahl Handwerker, Ingenieure, Wissenschaftler. Stellt man jungen Menschen dieselbe Frage, hört man: Promoter, Kommunikations- und Graphikdesigner, gestaltungs-technischer Assistent, Student (im 13. Semester des zweiten Studiums) oder „keine Ahnung“.

Der Unterschied? Letztere Gruppe bewirkt nichts, was die Nation als solche kulturell, technisch oder wissenschaftlich entscheidend voranbrächte. Charakteristisch für die Generation unserer Großeltern war ein gesundes Verständnis ihrer eigenen produktiven Arbeit.

Jugendarbeitslosigkeit

Doch Tausende Jugendlicher verlas-

sen jährlich die Schulen, mit oder ohne Abschluß, und suchen dann nach einem Broterwerb. Im Osten gibt es Städte und Gemeinden mit bis zu 50% Jugendarbeitslosigkeit. Das bedeutet reell: keine Chance!

Es gibt zwar die sogenannten Fallmanager, die diese Menschen betreuen und ihnen helfen sollen, eine Ausbildung oder Anstellung zu finden. Doch auch sie können nur erfolglos versuchen, innerhalb der Wirtschaftsmisere Arbeitsplätze zu vermitteln, die nicht existieren. In ihrer Hoffnungslosigkeit versinkt die Jugend in einem Sumpf aus Alkohol, Drogen und einer perversen Kultur des Existentialismus.

Es geht um mehr als eine halbe Million Jugendliche ohne Job und ohne Perspektive — die auf Suppenküchen angewiesen sind, um zu überleben, junge Menschen, die im Wald und auf Baustellen Holz sammeln, um im Winter ihre Wohnungen beheizen zu können. Es ist in unserer Generation inzwischen normal, exzessiv zu trinken, Haschisch und Marihuana zu rauchen und sich in gewalttätigen, pornographischen und anderen Phantasiewelten aufzuhalten, ja diese für real zu halten.

Die Hoffnungslosigkeit wird nicht gemindert durch die Vorschläge von Regierung, Parteien, Gewerkschaften und deren Jugendorganisationen, was gegen die Jugendarbeitslosigkeit unternommen werden soll:

- Zwei Azubis auf eine Lehrstelle oder drei Azubis auf zwei Lehrstellen. D.h. die Lehrlinge teilen sich eine bzw. zwei Ausbildungsvergütungen. Ein Friseurlehrling im Osten verdient 250 Euro, geteilt durch 2 wären das dann im Monat 125 Euro. Der Vorschlag stammt vom Präsidenten des BDA, Dieter Hundt.
- Stärkung des Dienstleistungssektors, um auch „weniger leistungsfähige“ Jugendliche durch „differenziertere Berufsbilder“ (z.B. Palmwedelsklave, Rikschafahrer?) eine Chance zu ge-

ben. Dies wird u.a. von *ver.di* begrüßt.

- Das „Mainzer Modell“: Subventionierung von Niedriglöhnen. Davon träumt Dr. Angela Merkel.
- „Fördern und Fordern“: eine Maßnahme der Bundesregierung, die nicht wahrgenommene Angebote z.B. der Aus- und Weiterbildung mit erheblichen Sanktionen versehen soll.
- Die geforderte „Flexibilität“ arbeitssuchender junger Menschen ist inzwischen groß genug, daß Jugendliche aus den neuen Bundesländern einfach verschwinden. Die von der Bundesregierung geförderte Maßnahme „JUMP Plus“ freut sich, mitteilen zu dürfen, daß 2002 immerhin 5668 Jugendliche sogenannte Mobilitätshilfen erhielten: „Damit sollen arbeitslose Jugendliche unterstützt werden, die in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit keine Arbeit finden und deshalb umziehen müssen. 2002 kam die überwiegende Mehrzahl dieser Jugendlichen aus den ostdeutschen Ländern“. Im Lichte der gern und oft erwähnten ostdeutschen Strukturschwäche ist diese „Lösung“ glatter Hohn.

Neue Weltwirtschaftsordnung!

Nicht ein einziges Mal fanden wir bei unserer Suche nach Lösungen solche Ideen, die die eigentlichen Probleme der Jugendlichen ansprachen. Eher gibt man den Jugendlichen selbst die Schuld: sie stellten zu hohe Ansprüche oder wären einfach nur zu faul.

Was wir wirklich brauchen, sind reelle Ideen, die uns zu dem machen, was wir sein sollten: in einer Gesellschaft, die auf Wissenschaft und klassisch-humanistischen Werten beruht, um in ein neues Zeitalter aufzubrechen.

Darum fordern wir die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung nach den Prinzipien der physischen Ökonomie, wie sie von Gott-



Erster Entwurf für das BüSo-Wahlplakat.

fried Wilhelm Leibniz begründet wurde. Die Entwicklung der Eurasischen Landbrücke durch moderne Infrastruktur würde das Problem der ostdeutschen Strukturschwäche in ein ganz anderes Licht rücken.

Wir wollen Frieden und Entwicklung für die Welt nach den Prinzipien des Westfälischen Friedens von 1648. Dafür brauchen wir ein Bildungssystem im Sinne Wilhelm von Humboldts, das sich auf universelle Prinzipien gründet. Maschinenhaftes Auswendiglernen ist der garantierte Tod jeden kreativen Geistes. Die Idee der Entwicklung der Persönlichkeit eines Menschen, eines emotional, intellektuell und moralisch gebildeten Charakters muß im Mittelpunkt stehen.

Erst dies erlaubt uns, die Ideen der großen Geister unserer Geschichte zu verstehen und ihren Entdeckungsprozeß nachzuvollziehen. Es gilt, die Denkmethode unserer Ahnen wie Platon, Leibniz, Schiller und Beethoven zu erkennen und durch neue Durchbrüche und Entdeckungen weiter zu vervollkommen.

Diesen Ideen seien unser Herz, unser Geist, unsere ganze Seele gewidmet, damit wir eine neue, dauerhafte und weltumspannende Renaissance schaffen und der Menschheit den Weg in die Zukunft weisen können.

*Toni Kästner & Stefan Tolksdorf,
Internationale
LaRouche-Jugendbewegung*

Aufruf der LaRouche-Jugendbewegung, die von Leibniz inspirierte Amerikanische Revolution von 1776 in Europa zu vollenden.

Wir stehen am Wendepunkt der Geschichte

Die Wahlen zum Europaparlament am 13. Juni finden unter den außergewöhnlichsten Bedingungen der modernen Geschichte statt. Unsere Gesellschaft hat eine entscheidende Probe zu bestehen. Ich bin 26, Mitglied der LaRouche-Jugendbewegung und weiß, es geht um die Zukunft meiner und der nachfolgenden Generationen. Eine Präsidentschaft LaRouches in den USA wäre der Ausweg aus der Katastrophe.

Im Bundestagswahlkampf 2002 kandidierte Helga Zepp-LaRouche mit der Aussage: „Finanzkrach und Kriegsgefahr – Ich weiß, was zu tun ist.“ Heute befinden wir uns schon im größten Finanzzusammenbruch der neueren Geschichte, und der damals drohende Angriffskrieg gegen den Irak der Kriegspartei um US-Vizepräsident Cheney ist schreckliche Wirklichkeit geworden. Südwestasien droht in blutigem Chaos zu versinken.

Junge Menschen sind mit einer Welt konfrontiert, die ihnen keine Zukunft bietet. Immer mehr Jugendliche sind nicht nur arbeits-, sondern auch

obdachlos. Das Ergebnis ist Hoffnungslosigkeit und ein Kulturpessimismus, den uns unsere Elterngeneration schon vorgelebt hat.

Wir von der LaRouche-Jugendbewegung werden dies verändern. Um das Ohnmachtsgefühl zu überwinden, das Bürger zu Untertanen macht und sie politisch kastriert, ist ein sozialer Prozeß notwendig, der wieder wirkliche Ideen und Visionen in die Gesellschaft bringt. Dieser soziale Prozeß ist die weltweite LaRouche-Jugendbewegung.

LaRouche hat uns vor die Herausforderung gestellt, eine Bewegung zu bauen, die auf Wahrhaftigkeit gründet: Man muß den Unterschied zwischen Wissen und Meinung kennen. Deshalb arbeiten wir weltweit gemeinsam an den Beweisen des Fundamentalsatzes der Algebra, womit der 22 Jahre junge Carl Friedrich Gauß im 18. Jh. die „großen Autoritäten“ seiner Zeit als Schwindler und Formalisten entlarvte. Wir studieren die Dialoge Platons, in denen er von Sokrates' Kampf gegen den Sophismus berichtet, der unserem heutigen Kampf

sehr ähnlich war. Ähnlich wie Franklin D. Roosevelt 1932 die „vergesenen Bürger“, die ärmeren 80% der Bevölkerung, um die sich in der Großen Depression keiner kümmerte, mobilisierte, oder wie M.L. King der unterdrückten schwarzen Bevölkerung ihre Würde zurückgab, kämpfen wir heute gegen die Kleinheit und die Niedergeschlagenheit in unserer Bevölkerung.

Die Welt in 40 Jahren

Unsere Aufgabe ist es, die Krise unserer Gesellschaft zu überwinden. Ich habe eine klare Vorstellung, wie die Welt in 40 Jahren aussehen könnte:

Zunächst hat die Umsetzung „LaRouche-Doktrin“ für Südwestasien dem Rückzug der US-Truppen aus dem besetzten Irak gesorgt und die Voraussetzung für Stabilität und Frieden in dieser Region wiederhergestellt.

Nachdem unter einem US-Präsidenten LaRouche das marode Weltfinanzsystem auf einer Regierungskonferenz wie 1944 in Bretton Woods für bankrotterklärt und durch ein reguliertes System mit Nationalbanken und festen Wechselkursen ersetzt worden ist, kann der Wiederaufbau der Welt beginnen.

1000 Mrd. Euro Kredite werden europaweit in der Anfangsphase jährlich ausgegeben, um die Eurasische Landbrücke zu bauen. Das ist ein integriertes Infrastrukturnetz für ganz Eurasien mit Wasserprojekten, Transportinfrastruktur, sicheren Kernkraftwerken, neuen schönen Städten und hochmoderner Landwirtschaft. Bald herrscht wieder Vollbeschäftigung,

die Finanzierung der Renten, Gesundheit und Bildung ist nun ohne Probleme möglich. Aufbruchstimmung und Optimismus breiten sich aus.

In 40 Jahren werden die Menschen in Berlin in eine Magnetschwebbahn steigen können und in 3-4 Stunden in Bagdad sein. Über die Beringstraße wird man von China über Rußland auch auf dem Landweg nach Los Angeles reisen können, und von dort nach Santiago de Chile, Rio de Janeiro oder Buenos Aires. Auf dem Weg macht man in Städten halt, die nach klassischem Schönheitsideal und mit modernster Technik in der Wiederaufbauzeit aufgebaut worden sind.

Konflikte werden nicht mehr kriegerisch gelöst. Die Völker leben in Frieden miteinander, denn man hat „das Wohl des anderen“ als Prinzip der Außenpolitik eingeführt und ist stolz auf den Beitrag, den die eigene Nation zur Entwicklung der gesamten Menschheit leistet.

Die jungen Menschen auf der gesamten Welt erhalten eine Bildung, die sie zu selbsttätigen Denkern erzieht und ihnen Zugang zum gesamten Wissen verschafft, das die Menschheit bis dahin angesammelt hat. Sie lernen mehrere Sprachen, klassische Geometrie und Physische Ökonomie, bereisen die Welt, und der Austausch von Ideen begründet einen Dialog der Kulturen, wie er noch nie stattgefunden hat.

Dann ist die politische Freiheit, die mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und der Präambel zur US-Verfassung von 1789 zum erstenmal Wirklichkeit wurde, zu ihrer Vollendung gebracht worden –

durch die Revolution, die 2004 gewonnen wurde.

Kämpfen Sie mit!

Für diese Zukunft lohnt es sich zu kämpfen, gemeinsam mit Helga Zepp-LaRouche als Spitzenkandidatin der BüSo bei diesen Europawahlen. Die Zeit drängt, und diejenigen, die auf diesen Finanzkrach mit einem Generalangriff auf das Gemeinwohl – Lebensstandardsenkung und Krieg – reagieren, schlafen nicht.

Was werden unsere Enkel von uns denken, wenn sie in 40 Jahren fragen: „Opa, was hast du im Jahr 2004 gemacht?“ Wir dürfen diesen historischen Augenblick nicht verschlafen und ungenutzt verstreichen lassen, das Gemeinwohl aller Bürger dieser Welt steht auf dem Spiel.

Dazu schrieb Gottfried Leibniz im Vorwort zur *Theodizee*: „Indem man... der vernünftigen Einsicht gehorcht, erfüllt man die Befehle der höchsten Vernunft, man richtet alle seine Absichten auf das Gemeinwohl, das von dem Ruhm Gottes nicht verschieden ist; man findet, daß nichts dem eigenen Interesse mehr entspricht, als es mit den Interessen der Allgemeinheit zu vermählen, und man erfüllt sich selbst mit Zufriedenheit, indem man freudig den Vorteil der Menschen fördert.“

Geben Sie uns Ihre Stimme, mobilisieren Sie Freunde und Bekannte, schließt Euch der LaRouche-Jugendbewegung an! Für eine Amerikanische Revolution in Europa!

*Alexander Pusch
BüSo-Kandidat f. d. Europaparlament*

✂-----
**Sie können uns diesen Coupon per Fax (06131-237387) senden !
Weitere Informationen finden Sie im Internet: www.bueso.de**

- ☐ Ich möchte die BüSo unterstützen. Senden Sie mir Informationsmaterial und solche Extrablätter zu, die ich verteilen möchte.
- ☐ Ich möchte Mitglied der BüSo werden.
- ☐ Ich möchte das Buch „Neocons“ für 12,80 Euro bestellen.
- ☐ Ich möchte das Buch „Wiederaufbau einer kaputten Welt“ für 12,80 Euro bestellen
- ☐ Ich möchte die CD „Was Sie schon immer über Wirtschaft...“ für 10,- Euro.
- ☐ Senden Sie mir für 4 Wochen kostenlos die Wochenzeitung *Neue Solidarität* zu.